

PRESSEMITTEILUNG

Frühjahrsbelegung im Bayerischen Baugewerbe bleibt aus

(München, am 20. Mai 2026) „Die leise Hoffnung unter unseren Mitgliedsbetrieben, es könne mit der Baukonjunktur im Jahr 2026 wieder bergauf gehen, hat sich unter den Auswirkungen der aktuellen Iran-Krise leider jäh zerschlagen. Die gestiegenen Dieselpreise belasten die Bauunternehmen unmittelbar. Auch die Preise erdölbasierter oder energieintensiver Baustoffe steigen, was sich deutlich in den Einkaufspreisen niederschlägt. Darüber hinaus lässt sich die Investitionszurückhaltung in den weiter sinkenden Auftragsbeständen erkennen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz kommt offenbar so gut wie gar nicht in der Praxis an.“ So fasste Georg Gerhäuser, Präsident des Landesverbandes Bayerischer Bauinnungen, die Ergebnisse der heute in München vorgestellten Frühjahrs-Konjunkturumfrage zusammen.

Die Iran-Krise schlägt sich bereits spürbar in der Geschäftslage der Bauunternehmen nieder. Insgesamt beurteilen nur noch 13,3 Prozent der Unternehmen ihre gegenwärtige Situation positiv (Vorjahr: 15 Prozent). Besonders drastisch zeigt sich die Lage im Öffentlichen Hochbau: Nur 2,5 Prozent der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als gut – über 76 Prozent hingegen als schlecht. Allein im Wohnungsbau scheint sich die Wirtschaftslage minimal verbessert zu haben. Aber auch hier stufen 48,7 Prozent der Unternehmen ihre Lage als schlecht ein (Vorjahr: 51,6 Prozent).

Auftragsbestände gehen erneut zurück

Die Auftragsreichweite beträgt bei mehr als der Hälfte der Unternehmen über alle Bausparten hinweg nur noch bis zu zwei Monate. Sorgenkind ist und bleibt der Öffentliche Hochbau, wo 72,5 Prozent der Unternehmen zu wenige Aufträge beklagen. Aber auch im Wohnungs-, Wirtschafts- und Straßenbau sieht es kaum besser aus.

„Insbesondere im Öffentlichen Hochbau lag noch im letzten Jahr viel Hoffnung auf den Maßnahmen und zusätzlichen Investitionen der Bundesregierung – die jedoch offensichtlich in der Praxis bisher nicht angekommen sind. Die Effekte des „Bau-Turbos“ etwa spüren 50,2 Prozent der Betriebe gar nicht, weitere 23,8 Prozent können diese nicht beurteilen und nur ein Viertel der Unternehmen spüren eine positive Auswirkung – wenn auch in geringem Umfang. Auch führte das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz laut Dreiviertel der Betriebe nicht dazu, dass öffentliche Auftragsvergaben zunehmen. Das ist eine niederschmetternde Bilanz“, so Verbandspräsident Gerhäuser.

Fehlende Aufträge, Fachkräfte und steigende Preise

Wie bereits 2025 bremsen vor allem fehlende Aufträge (51,3 Prozent) und der Arbeitskräftemangel (58,2 Prozent) die Bautätigkeit. Aktuell behindern aber auch Preissteigerungen und erste Lieferschwierigkeiten von Baumaterial (37,6 Prozent) in Folge der Iran-Krise die Bauabläufe. Insgesamt 96,4 Prozent der Unternehmen beklagen deutlich oder zumindest leicht gestiegene Einkaufskosten. Das ist eine dramatische Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 53,9 Prozent.

Im Durchschnitt rechnet rund die Hälfte aller Unternehmen mit sinkenden Umsätzen für das Jahr 2026. Das bedeutet eine deutliche Eintrübung der Aussichten in allen Bausparten gegenüber dem Vorjahr, vor allem im Öffentlichen Hochbau und im Straßenbau. Dennoch halten die Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Beschäftigungszahlen weiterhin hoch. Gerhäuser betont: *„Besonders stark zeigt sich die krisenresistente Mentalität der Unternehmen im Hinblick auf die Ausbildungsangebote. 32,4 Prozent der Betriebe möchten die Zahl ihrer Lehrlinge erhöhen, das sind fast acht Prozent mehr als 2025. Wir hoffen, dass mehr junge Menschen die Chance einer Ausbildung im Baugewerbe ergreifen – über die Hälfte der Betriebe bietet Lehrstellen an, die noch unbesetzt sind.“*

Baugenehmigungszahlen lassen hoffen

Nach Auskunft des Bayerischen Landesamts für Statistik stieg das Genehmigungsvolumen für Wohnungen von Januar bis März 2026 im Vorjahresvergleich um 12,1 Prozent. Dies zeigt, dass sich die leicht positive Entwicklung der letzten beiden Quartale 2025 auf niedrigem Niveau fortsetzt. *„Auch wenn diese Zahlen nur Frühindikatoren darstellen und sich frühestens in zwei Jahren in fertiggestellten Wohnungen niederschlagen, lassen sie doch hoffen, dass sich die Situation im Wohnungsbau leicht verbessert. Politisch sollte das durch Investitionsanreize weiter verstärkt werden: Beim Neubau von Mietwohnungen könnte vor allem eine Erleichterung bei der Sonder-AfA helfen. Aktuell muss der teure EH-40-QNG-Standard eingehalten werden. Hier sollte eine Absenkung auf den immer noch sehr guten EH-55-Plus-Standard erfolgen“,* fordert Gerhäuser. *„Außerdem fehlt fast vollständig eine Förderung für Selbstnutzer. Die Möglichkeit einer steuerlichen Abschreibung könnte hier erhebliche Investitionen auslösen.“*

Pressesprecherin:

Julia Gleiss
Landesverband Bayerischer Bauinnungen
Bavariaring 31, 80336 München
Tel.: 089 / 76 79 - 116
Mobil: 0151 / 20470364
E-Mail: gleiss@lbb-bayern.de